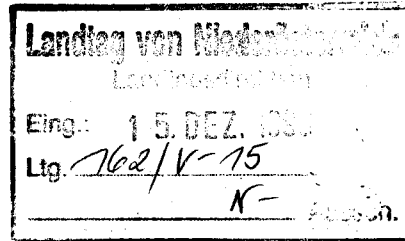


LAD2A-DR-30/18-98

15. Dez. 1998

Betrifft  
 Änderung des Gesetzes über den Unabhängigen Verwaltungssenat im Land  
 Niederösterreich; Motivenbericht



Hoher Landtag!

Zwischen den Gebietskörperschaften und den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes wurde eine Anhebung der Gehälter der öffentlich Bediensteten des Bundes in der Weise vereinbart, daß alle Gehalts- und Entgeltansätze zum Termin 1. Jänner 1999 um 2,5 % angehoben werden.

Die Laufzeit des Gehaltsabkommens endet mit 31. Dezember 1999.

Mit einem gleichzeitig eingebrachten Gesetzesentwurf zur Dienstpragmatik der Landesbeamten (DPL 1972) ist eine analoge Anhebung der Gehälter für die Landesbeamten vorgesehen.

Mit dem vorliegenden Gesetzesentwurf soll die Anhebung der Gehälter für die Mitglieder des Unabhängigen Verwaltungssenates in gleicher Weise geregelt werden. Die Kosten für die Bezugsanhebung liegen für das Jahr 1999 bei rund 0,48 Millionen Schilling.

Die NÖ Landesregierung beehrt sich daher, den Antrag zu stellen:

Der Hohe Landtag wolle die beiliegende Vorlage der NÖ Landesregierung über den Entwurf einer Änderung des Gesetzes über den Unabhängigen Verwaltungssenat im Land Niederösterreich, LGBI. 0015, der verfassungsmäßigen Behandlung unterziehen und einen entsprechenden Gesetzesbeschluß fassen.

NÖ Landesregierung  
 Landeshauptmann  
 Dr. P r ö l l

Für die Richtigkeit  
 der Ausfertigung

*Fischer*